



Stadtjugendring Potsdam e.V.

anerkannter Träger der freien Jugendhilfe nach §75 SGB VIII • gegründet 1991

Junge Menschen im öffentlichen Raum

Ein Positionspapier von Fachkräften der Potsdamer Kinder- und Jugendarbeit

Inhaltsverzeichnis

Junge Menschen im öffentlichen Raum	
Ein Positionspapier von Fachkräften der Potsdamer Kinder- und Jugendarbeit	1
Präambel	2
Einleitung	2
Junge Menschen in Potsdam	3
Öffentlicher Raum als Ort der Begegnung	4
Spezifisch Bedeutung für Jugendliche	4
Demokratieverdrossenheit als Folge von Verdrängungsprozessen	6
Wer definiert den öffentlichen Raum?	7
Stigmatisierung junger Menschen im öffentlichen Raum	7
Corona	8
Weitere wichtige Aspekte im öffentlichen Raum	9
Konsum im öffentlichen Raum	9
Mädchen* im öffentlichen Raum	10
Wohnungslose im öffentlichen Raum	11
Literaturverzeichnis	12
Redaktion	13
Mitwirkende und Mitglieder der AG Jugendliche im öffentlichen Raum	13

Präambel

Aus der Mitgliederversammlung des Stadtjugendring Potsdam e.V. (SJR) bildete sich 2018 eine vielfältige Arbeitsgruppe, bestehend aus freien Jugendhelfer*innen, die Mitglieder des SJR sind, Träger*innen der Sozialarbeit für junge Menschen bis 27 und für Menschen ab 27 Jahren und Personen aus der Stadtverwaltung Potsdam. Gemeinsam arbeiteten wir regelmäßig an dem Haupt- und Oberthema: Marginalisierung und Verdrängung bestimmter Gruppen aus dem öffentlichen Raum – d.h. sowohl von Jugendlichen als auch Erwachsenen.

Wir sind eine Gruppe aus Fachkräften, die in diversen Arbeitsfeldern aktiv sind und somit unterschiedliche Erfahrungen mitbringen. Dieses Schriftstück beruht zum einen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und zum anderen auf unseren Erfahrungen.

Einleitung

“Junge Menschen im öffentlichen Raum“: Das ist ein vielschichtiges Thema und begleitet den SJR und seine Mitgliedsverbände seit vielen Jahren. Die Diskussion über Freiräume in Potsdam ist im Wandel. Mittlerweile geht es neben den klassischen Sport- und Freizeitplätzen, auch verstärkt um **Verdrängungsprozesse** im öffentlichen Raum. Öffentlicher Raum, das ist zum Beispiel der BASSI: Eine Fläche, die junge Menschen nutzen können, indem sie skaten, sprayen, breaken, oder Veranstaltungen organisieren. Aber der öffentliche Raum sind auch Parks, Straßen und vieles mehr. Die Verdrängungsprozesse sind genauso allgegenwärtig wie der öffentliche Raum selbst. Doch auch auf kleineren Ebenen wie Grünflächen oder Parks wird der Kampf um den Aufenthalt im öffentlichen Raum täglich geführt. Ein aktuelles Beispiel aus 2021 ist die Abholzung des Nuthewäldchens, die große Unzufriedenheit bei der Potsdamer Bevölkerung auslöste.

Der öffentliche Raum ist vor allem auch aus pädagogischer Perspektive für junge Menschen lebensnotwendig. Für sie und ihre Entwicklung ist der öffentliche Raum ein wichtiger Sozialisationsort. Ganz grundlegend sind junge Menschen und ihre Bedarfe Teil der Stadtgesellschaft und sie haben eine Berechtigung, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten. Doch Anspruch und Wirklichkeit gehen hier weit auseinander. Deshalb bedarf es aus unserer Sicht einer generellen Grundsatzdiskussion darüber, wo Orte für junge Menschen sind und wie sie auf städtischer Ebene debattiert werden.

Das vorliegende Positionspapier verfolgt das Ziel, die Bedingungen für junge Menschen in Potsdam zu verbessern, indem Rahmenbedingungen geschaffen werden, unter denen es weniger Konflikte gibt. Er soll eine gegenseitige Sensibilisierung für die Bedürfnisse unterschiedlicher Nutzer*innen anregen und dabei die Relevanz des öffentlichen Raumes für junge Menschen erläutern. Er stellt eine Grundlage zur Handlungsentwicklung für die nächsten Jahre dar, indem er Probleme und Herausforderungen ebenso aufgezeigt wie Perspektiven. Beziehen wir die jungen Menschen also ein und geben wir ihnen eine Lobby für die Freiräume, die ihnen zustehen!

“Jugendhilfe soll ... insbesondere ... dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“

(§ 1 SGB VIII)

Junge Menschen in Potsdam

Die Stadt Potsdam wächst rasant, vornehmlich durch junge Familien. Es bedarf viel Wohnraum und Gewerbeflächen und es leben immer mehr Menschen auf immer weniger Raum. Vor allem in den neu hinzugekommenen Stadtteilen leben momentan viele Klein- und Grundschul Kinder. Doch es ist zu bedenken, dass diese Kinder in den nächsten 5-10 Jahren zu Jugendlichen heranwachsen und sich den öffentlichen Raum aneignen werden. Um dieser Bevölkerungsgruppe etwas bieten zu können, wäre eine strategische Planung bei städtischen Vorhaben wünschenswert. Wir sprechen hier von ca. 22.500 Kinder [1] im Alter von 0 bis unter 12 Jahren, die künftig Ansprüche auf Teilhabe im und am öffentlichen Raum haben werden. Junge Menschen sind in politischen Entscheidungsgremien unterrepräsentiert. Stadtentwicklungsstrategien setzen aktuell ihren Fokus oft auf Kinder- und Altengerechtigkeit, lassen jedoch vielfach die Bedürfnisse von Jugendlichen außer Acht. [2] Dabei nutzen gerade Jugendliche entwicklungsbedingt den öffentlichen Raum mit am intensivsten.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat das Thema erkannt. In einem in 2017 erarbeiteten Aktionsplan lautet eine der handlungsleitenden Zielsetzungen: „Kinder- und Jugendfreundlichkeit ist [...] ein zentrales Merkmal, mit dem sich die Stadt deutlich charakterisiert.“ [3]. Der öffentliche Raum soll dabei so gestaltet werden, dass neben den vorhandenen institutionalisierten bzw. organisierten Spiel- und Freizeitorten auch dem steigenden Bedarf junger Menschen an Freiräumen nachgekommen wird [3]. Doch hier ist eine enorme Diskrepanz zwischen Zielsetzung und Realität zu konstatieren.

Die Erfahrungen aus der Jugendarbeit zeigen, dass sich sowohl Anzahl als auch Qualität solcher Flächen in den letzten Jahren eher verringert hat und die Stadt nur wenig dafür tut, etablierte Treffpunkte zu erhalten oder neue Aufenthaltsmöglichkeiten zu schaffen. Zum Beispiel werden gern genutzte Pavillons und Sitzgelegenheiten nicht instand gehalten (Schlaatz, Nuthewäldchen, Drewitz hinter dem Schillergymnasium), sondern ersatzlos abgerissen. Bei Neubebauungen werden Spielplätze für Kinder zwar mitgedacht; Orte, die den besonderen Bedürfnissen und Anforderungen Jugendlicher gerecht werden würden, aber nicht ausreichend.

Durch das Fehlen solcher pädagogikfreien Räume konzentrieren sich viele junge Menschen an den nur noch wenig vorhandenen Plätzen, Parkflächen und Spielanlagen oder halten sich vermehrt auch in halböffentlichen Räumen, wie Shoppingzentren und den Bahnhofspassagen auf [4]. Dabei ist nur wenig überraschend, dass es an diesen hochfrequentierten Orten immer wieder zu Konflikten mit anderen Nutzungsgruppen kommt: Es wird sich über liegengelassenen Müll und Zigarettenrauch auf Spielplätzen beschwert; Anwohner*innen öffentlicher Plätze sehen sich einem anhaltend hohen Geräuschpegel ausgesetzt; Betreiber*innen und Besucher*innen von Einkaufszentren stören sich an „herumlungernden“ Jugendlichen, die nur wenig zum Umsatz der Läden beitragen. In der Folge treffen junge Menschen auf immer weniger Akzeptanz und werden in Politik und Öffentlichkeit vielfach nur noch als Problem und Störfaktor und weniger als Bürger*innen mit Teilhaberechten gesehen und diskutiert. So kommt es häufig zur Verdrängung der „Störenfriede“, unterstützt durch Polizei und Ordnungsamt oder subtilere, politische und städtebauliche Maßnahmen, wie das Abmontieren von Bänken.

Der Soziologe Andreas Klose bringt auf den Punkt, was ein städtebaulicher Blick ohne Verständnis für Freiräume aus einer Stadt macht, indem er einer Stadt Möglichkeiten für Lebendigkeit und Spontaneität raubt:

“Räumen wird eine Funktion mit einer bestimmten Ordnung zugeschrieben. Es gibt die normierten Sportflächen, die Spielflächen für Kinder, die Erholungsräume (Parks), die Einkaufsmeilen usw. Aber mal auf dem Bahnhofsvorplatz Fußball spielen? Oder einen Verkaufsstand im öffentlichen Park aufbauen? Oder Kinder auf der Straße, die nicht als Spielstraße ausgewiesen ist, Seilspringen lassen? [...] Menschen müssen sich bewegen, um die Funktionalität der Räume ausfüllen zu können. Die Räume sind funktional so weit optimiert, dass andere Nutzungen zum Teil völlig ausgeschlossen sind.“ [5]

Zudem gibt es ein erhöhtes Aufkommen von Abfall an Treffpunkten von Menschen, welches oftmals nicht durch Mülleimer aufgefangen werden kann, da diese entweder nicht vorhanden sind oder das Fassungsvermögen unzureichend ist. Das Fehlen von Mülleimern ist ein Beispiel dafür, wie der Aufenthalt im öffentlichen Raum erschwert wird, aber dadurch eben auch unerwünschte Folgen mit sich bringt.

Öffentlicher Raum als Ort der Begegnung

Der öffentliche Raum ist für eine Stadtgesellschaft elementar wichtig. Dabei hat es sich noch nie um ein harmonisches Idyll gehandelt, in dem alle genug Platz und nur sozialverträgliche Interaktionen miteinander haben. Menschen treffen aufeinander, die vielfach unterschiedliche Bedürfnisse haben und zum Teil gegensätzliche Interessen verfolgen. Der öffentliche Raum ist geprägt von solchen Konkurrenzen und Nutzungskonflikten. [6]

Somit sind nicht nur junge Menschen von den Verdrängungsprozessen betroffen. Der öffentliche Raum ist vor allem ein "Kommunikationsraum". Hier begegnen sich Nachbar*innen und Menschen unterschiedlicher Gruppen. Anstatt Gruppen mit weniger starker Lobby wie junge Menschen, Menschen mit wenig Geld und wenig politischen Einfluss zu verdrängen, sollte eher auf den Dialog miteinander gesetzt werden. Um ein Gefühl und auch ein Verständnis für andere zu entwickeln, muss die vorhandene Vielfalt im Stadt(teil)bild abgebildet werden dürfen.

Dies ist allerdings noch nicht der (Normal-)Fall. So werden auch Nutzer*innen, die sich an öffentlichen Plätzen treffen und nicht in das allgemein gesellschaftlich akzeptierte Bild passen, als störend empfunden. Es gibt Nutzungsgruppen, die ihre sozialen Interaktionen hauptsächlich im öffentlichen Raum pflegen, d.h. sich mit ihren Freund*innen- und/oder Bekanntenkreis treffen, um dort gemeinsam Zeit zu verbringen und sich miteinander auszutauschen. Meist ist dieser Treffpunkt im öffentlichen/halb-öffentlichen Raum die einzige Konstante im Tagesablauf der Nutzer*innen und bietet ihnen die Möglichkeit mit anderen Menschen außerhalb ihrer Familie, soweit diese noch vorhanden ist, in Kontakt zu treten. Häufig steht diesen Nutzer*innen eher weniger persönlicher Wohnraum zur Verfügung, sodass der Aufenthalt im öffentlichen Raum eine große Bedeutung für deren persönliche Entwicklung und Wohlbefinden hat.

Am Beispiel des Treffpunktes am Schilfhof im Potsdamer Stadtteil Schlaatz wird diese Funktion des Begegnungsortes Öffentlicher Raum besonders deutlich:

"Am Schlaatz gibt es viele Probleme, der Ärger darüber entlädt sich an einer Gruppe, die man vor Augen hat. Man kann die Gruppe aber nicht nur als Übel sehen. Es geht um Armut, um Menschen, die mehrere Jobs brauchen, um Lebensgeschichten, die dazu führen, Gefängnis, kein erlernter Beruf. Viele haben die Familienhilfe zu Hause, das Jugendamt steht auf der Matte. Diese Menschen stützen, brauchen sich gegenseitig, vermitteln sich Jobs, helfen in schweren Lebenslagen. Anders gesagt: Sie treffen sich, um sich sozial integriert zu fühlen. Wenn es die Gruppe nicht gäbe, wären die Probleme nicht fort. Alkohol ist für sie oft eine schon von den Eltern vorgelebte Bewältigungsstrategie, aber nur die Spitze des Eisberges." [7]

Spezifisch Bedeutung für Jugendliche

Jugendliche sind aktive Stadtnutzer*innen und nutzen den öffentlichen Raum als Spiel-, Erlebnis- und Aufenthaltsraum. Er ist für sie ein Ort der Bewegung, Begegnung und des Auslebens ihrer spezifischen (Jugend-)Kultur sowie ein Ort des informellen Lernens. [4] Die Freiraume einer Stadt spielen eine zentrale Rolle, um Jugendlichen eine gesunde Kultur des Aufwachsens zu sichern, da sie für Jugendliche Erfahrungsräume zur Erprobung eigener Rollenmuster darstellen. [8]

Der öffentliche Raum und die in ihm stattfindenden Auseinandersetzungen und Aushandlungen sind somit ein wichtiger Baustein der psychosozialen Entwicklung Jugendlicher. Sie verlassen erstmals ihr

familiäres Umfeld und die speziell auf sie als Minderjährige zugeschnittenen Angebote. In der Interaktion mit den Peers sowie ihrer räumlichen und sozialen Umgebung entwickeln sie einerseits eine eigene Persönlichkeit/Identität und andererseits die Fähigkeit, ihren Platz im sozialen Gefüge bzw. der Gesellschaft zu finden. [6] Öffentliche Soziale Räume bieten auch protektive Effekte, wie soziale Kontrolle durch das Umfeld, und ermöglichen somit das Erlernen sozialer Kompetenzen. Demnach sind die Konflikte im öffentlichen Raum Lernfelder für alle Altersgruppen und als Teilhabe- sowie Aneignungsprozess zu verstehen.

Wichtig ist außerdem, zu verstehen, welche Funktionen es für junge Menschen erfüllt, sich draußen zu treffen. Sie wissen, dass es an diesen bestimmten Orten immer Menschen gibt, die sie treffen können, ohne sich dafür explizit zu verabreden. Die jungen Menschen tauschen sich über ihre Zukunftspläne aus, verarbeiten schulische, familiäre und eigene Probleme. Sie machen ihre ersten Erfahrungen mit Beziehungen und tauschen sich hierüber aus. Sie erholen sich von einem Alltag, der mit all seinen Anforderungen, Erwartungen und Möglichkeiten auf ihren noch jungen Schultern lastet. Dafür sind Gleichaltrige und Gleichgesinnte unverzichtbar. Kappeler beschreibt die Entwicklungsaufgaben von Jugendlichen/jungen Menschen sehr anschaulich:

“Jetzt sind sie jung [...] sie wollen erfahren, was Liebe ist und Lust, wie es sich leben lässt in zunehmend selbstbestimmten Zeiten und Räumen und mit selbstbestimmten sozialen Kontakten [...]. Jetzt wollen sie sich ihrer Fähigkeiten, Kräfte und Bedürfnisse versichern und sie heute leben – umso mehr, als sie tagtäglich an sich und anderen Gleichaltrigen erleben, dass die Gesellschaft den permanent versprochenen Wechsel auf die Zukunft für immer mehr Kinder und Jugendliche nicht einlöst, wenn es darauf ankommt.“ [9]

Diese nicht eingelösten Leistungen und Versprechen von gesellschaftlichen Institutionen und Gemeinschaften, die jungen Menschen eigentlich die existenziellen Grundlagen, soziale Anerkennung und persönliche Integrität sichern sollten, werden durch erlebte Desintegrationserfahrungen markiert. Durch sie gewinnt der öffentliche Raum für Jugendliche aktuell zusätzlich an Bedeutung. Laut dem Soziologen Wilhelm Heitmeyer und dem Erziehungswissenschaftler Reimund Anhut bekommen Menschen in Zeiten der zunehmenden Individualisierung vermehrt Probleme durch erlebte Desintegrationserfahrungen [10]. Diese Erfahrungen führen zur Verunsicherung. Besonders viel Druck liegt dabei auf Jugendlichen und jungen Menschen, die eine noch nie da gewesene Palette an Lebensgestaltungsmöglichkeiten zur Auswahl haben - vorausgesetzt, sie haben eine Entwicklung unterstützende Ausgangslage.

Wenn das Gefühl von „Eingebettetsein“ in die Welt weder durch beständige Entwicklung fördernde gelebte Werte/Normen noch durch ein stärkendes Familiengefüge oder positive Teilhabeerfahrungen gegeben ist, kann das Menschen lähmen oder dazu bringen, Gewalt auszuüben, welche sich innerhäuslich durch Gewalt in der Familie, aber auch im Sozialraum, z.B. in Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, zeigt. Daraus folgt, dass Menschen einen konstruktiven Umgang mit sich, ihrer Umwelt und ihrer Zukunft finden müssen. Einen Beitrag dazu kann der öffentliche Raum als Integrationsraum bieten. Besonders für Jugendliche spielt dieser Raum eine wichtige Rolle, da vor allem dort der Austausch mit Peers stattfindet. [11]

Zusammenfassend lässt sich sagen: Jugendliche sehen sich heutzutage mit komplizierten widersprüchlichen Realitäten konfrontiert. An sie werden hohe gesellschaftliche Erwartungen gestellt und gleichzeitig müssen sie die alterstypischen Entwicklungsaufgaben absolvieren. „Jugendliche [brauchen] zeitliche, räumliche und soziale Freiräume als Erprobungsräume. Sie benötigen Gelegenheitsstrukturen und Zugänge zu Freiräumen sowie die Bereitschaft der Gesellschaft, Freiräume trotz damit verbundener Widersprüche und Konflikte wertzuschätzen und durchzusetzen.“ [12]

Demokratieverdrossenheit als Folge von Verdrängungsprozessen

Der öffentliche Raum ist immer auch ein politischer Raum. Politik muss die Gesellschaft als Ganzes im Blick haben. Was lernen junge Menschen, über ihre persönliche Einflussnahme in ihrer Heimatstadt, wenn sie sich immer wieder ohnmächtig Verdrängungsprozessen ausgesetzt sehen?

„Junge Menschen sind unerwünscht“, „Wir haben ja sowieso nix zu melden“, „Alles Spießier hier!“ sind nur einige der Glaubenssätze, die sich durch diese Verdrängungsprozesse manifestieren können. Diese sind ein denkbar schlechter Nährboden für die Entwicklung einer positiven individuellen Einstellung zu Demokratie. Die aktuelle Sinus-Studie unterstreicht die Unzufriedenheit der jungen Generation mit den aktuellen Entscheidungsprozessen:

„Viele Teenager fühlen sich von der Politik weder gehört noch ernst genommen. Sie beklagen die fehlende Teilhabe der jungen Generation an politischen Entscheidungsprozessen und die mangelnde Repräsentation im politischen Raum. Aus Jugendsicht wird Politik in erster Linie von „alten weißen Männern“ dominiert und geprägt. [13]

Bodo Flaig vom Sinus-Institut bestätigt: „Unser Eindruck ist, dass die gesamte Erwachsenenwelt sich überhaupt nicht mit den Jugendlichen beschäftigt und sie schon gar nicht ernst nimmt.“ [14]

In der Sinus-Jugendstudie wird weiterhin deutlich, dass sich die Jugend genau diese aktuell fehlende Mitsprache wünscht. Beteiligungserfahrungen sind sehr wertvoll für die Entwicklung junger Menschen. Wenn Menschen im Laufe ihres Lebens positive Beteiligungserfahrungen sammeln, sich austauschen und Prozesse reflektieren lernen, wenn sie als Person anerkannt und gesehen werden, entwickeln sie nicht nur ein Gefühl der Selbstwirksamkeit und eine positivere Einstellung zu demokratischen Prozessen. Sondern sie sind auch gegenüber autoritären Tendenzen gestärkt. Dies wird durch die "Corona Jugendstudie Brandenburg 2020" bestätigt: "Viele Jugendliche stellen der Politik während der Corona-Pandemie kein sehr gutes Zeugnis aus. Nur wenige Jugendliche (8,6 Prozent) stimmen 'völlig' zu, dass Politiker in Bezug auf Corona 'im Interesse der Bürgerinnen und Bürger' handeln ('stimmt teilweise': 49,5 Prozent; 'stimmt kaum': 24,2 Prozent; 'stimmt nicht': 17,6 Prozent)". [15]

(1) Die Gemeinde sichert Kindern und Jugendlichen in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte.

(Auszug aus § 18a BbgKVerf)

Laut §18a Kommunalverfassung des Landes Brandenburg und §3a der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam sichert die Gemeinde Jugendlichen Beteiligung in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten. Darüber hinaus sind die Kinderrechte der UN- Kinderrechtskonvention zu nennen, die seit nunmehr fast 30 Jahren in der gesamten Bundesrepublik gelten und in ihrer Anwendung wie ein einfaches Bundesgesetz auszulegen sind:

„Um Jugendliche wirklich umfassend und dauerhaft in Stadtentwicklungsprozesse einzubeziehen, ist ein Umdenken erforderlich. Bei ihrer Einbeziehung kann nicht auf standardisierte Beteiligungsmethoden zurückgegriffen werden, vielmehr bedarf es eines besonderen Engagements und neuer Strategien. Jedoch sind Jugendliche auch Expert*innen für den Stadtteil, in dem sie leben. Sie können wertvolle Informationen zum öffentlichen Personennahverkehr, zur Qualität des öffentlichen Raums und zur Stadtteilkultur liefern. Durch eine gezielte frühzeitige Beteiligung von Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Lebenswelt können Konflikte im Stadtteil geschlichtet und Ausgleichschancen eröffnet werden. Über angemessene Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten kann auch bei Jugendlichen deren Identifikation mit dem Stadtteil und bürger*innenschaftliches

Engagement gestärkt werden. Im Stadtteil können so Projekte entstehen, die die Stadteilkultur bereichern und den öffentlichen Raum aufwerten.“ [2]

Wer definiert den öffentlichen Raum?

Wenn wir über den Aufenthalt von jungen Menschen im öffentlichen Raum sprechen, geht es immer auch um Macht und Machtmechanismen. Diese Machtmechanismen werden in der Diskussion um Freiräume sehr deutlich und kristallisieren sich in Fragen wie: Wer bestimmt eigentlich, wie die jeweiligen (halb-)öffentlichen Räume zu nutzen sind? Und welchen Einfluss auf die Bestimmung dieser “offiziellen Nutzungsfunktionen” haben junge Menschen und andere Gruppen mit wenig Lobby?

Eine sich aufdrängende Frage ist doch: Wie wollen wir gemeinsam leben? Junge Menschen gehören zum Gemeinwesen dazu. Jedoch werden sie in Stadtentwicklung und von sich belästigt fühlenden Anwohner*innen tendenziell eher als Störfaktor denn als Zukunft gesehen. Eine sich am Abend bzw. in der Nacht in der Öffentlichkeit aufhaltende Jugend wird, durch nicht akzeptiertes Verhalten, als Gefährdung bewertet.

Aber: Wer bestimmt denn eigentlich, was “angemessenes/akzeptiertes Verhalten” in der Öffentlichkeit ist? Welche Rolle spielen Norm und Abweichung im Potsdamer ordnungspolitischen Diskurs? Die jungen Menschen sollen auf die “dominanten Normen und Werte der Gesellschaft von heute durch Gesetze, Institutionen und erziehende Erwachsene” festgelegt werden und sich als ‘Glied in der Kette des Gattungsfortschritts’ begreifen“. [9] Ein Lehrforschungsprojekt der Fachhochschule Oberösterreich in Linz empfiehlt, dass es “[...] gerade in Anbetracht des demographischen Wandels und der wachsenden gesellschaftlichen Differenziertheit zu verstärkten Anerkennungsstrategien von ‘Anderen’ in Städten kommen [...]” sollte. [11]

Stigmatisierung junger Menschen im öffentlichen Raum

Wenn wir von Gruppen im öffentlichen Raum sprechen, dürfen wir nie die Unterschiedlichkeit der Menschen mit ihren individuellen Gründen zum eigenen Handeln außer Acht lassen. Verallgemeinerungen führen oft zur Diskriminierung und Rechtfertigung unangemessener Maßnahmen, wie zum Beispiel Alkoholverbote auf bestimmten Plätzen oder massive Präsenz von und Personenkontrollen durch Polizei und Ordnungsamt. Solche Maßnahmen verdrängen nicht nur junge Menschen, sondern auch deren Themen und Problemlagen ins Unsichtbare. Diese Maßnahmen “lösen” keine Problemlagen. (Jugend-)Gruppen im öffentlichen Raum sind somit häufig von Stigmatisierung und Ablehnung betroffen:

"Die Bedrohlichkeit des Stigmatisierten besteht ferner darin, daß dem 'Normalen' das Instrumentarium fehlt, mit dessen 'Andersein' kognitiv, emotional und instrumental fertig zu werden. Er greift dann häufig zu Identitätsstrategien wie Ablehnung, Interaktionsvermeidung und soziale Isolierung, um sein bedrohtes seelisches Gleichgewicht aufrecht zu erhalten." [16, pp. 4-5]

Wie solche Identitätsstrategien in Bezug auf Jugendliche vonstatten gehen, ist gut in den Potsdam-Facebookgruppen zu beobachten, in denen immer wieder Bilder von “verschmutzten” Plätzen mit dem Hinweis auf die “verkommene Jugend von heute” zu sehen sind. Selten gibt es den Versuch, zu verstehen, weshalb es für die Menschen wichtig ist, sich an ihren Treffpunkten zu versammeln. Um dieser Stigmatisierung vorzubeugen, hilft ein grundsätzliches Annehmen und Vertrauen beim Verstehen von unterschiedlichen Bedürfnissen. Wer sich wirklich ernsthaft sorgt, sollte die jugendliche(n) Person(en) ansprechen. Wer sich wirklich gestört fühlt, sollte auf Dialog und das persönliche Gespräch setzen, bevor er den nächsten Eintrag im Potsdamer “Märker”-Portal oder (anonym) in sozialen Netzwerken postet. Was bleibt nun in Situationen, wo Nutzungskonflikte zu

Tage treten? Ohne Lobby für die (jungen) Menschen münden diese Konflikte, wie schon mehrfach beschrieben, in Verdrängungsprozessen. Wir finden, dass es Alternativen dazu gibt und dass es einer klaren Haltung und Unterstützung durch Politik und Gesellschaft dazu bedarf, dass diese Menschengruppen (Jugendliche, benachteiligte Menschen mit wenig Geld, ...) zum Gemeinwesen und zum Stadtbild dazu gehören. Gerade in Zeiten einer verstärkten Nutzung von neuen Medien und der Entwicklung von Vereinsamung sollte es ein Anliegen sein, die Orte der Gemeinschaftsbildung zu erhalten und offene Dialoge zu unterstützen oder selbst zu initiieren. Aufgabe von politischen Akteur*innen muss es sein, die Demokratie zu stärken, in dem der Handlungsrahmen von Bürger*innen, insbesondere von jungen Menschen, erweitert wird. Bedarfsorientierte vorbereitete Gelegenheiten, bei denen Bürger*innen, Nutzer*innen der Plätze und Anwohner*innen in den Diskurs treten, um sich über ihre Bedürfnisse auszutauschen, können dabei unterstützen.

Corona

Eine Vielzahl von Studien zeigen die Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche. [13, 17, 18] In den Pandemiemaßnahmen wird noch einmal deutlich, wie wenig die Bedürfnisse junger Menschen mitgedacht werden und dass es an Verständnis für ihre Lebensrealität fehlt. Es sind gerade Jugendliche, die extrem unter den Maßnahmen der Pandemie leiden, berichten Beratungsstellen und Sozialarbeitende aus Potsdam. Jugendliche sind ernster und besorgter geworden sowie mit Ängsten und Unsicherheit im Bezug auf ihre Zukunft konfrontiert. Doch die mediale Aufmerksamkeit liegt beim Thema Jugend und Lockdown nicht etwa auf den psychischen Belastungen der jungen Menschen, sondern insbesondere seit Mitte März 2020 auf deren Treffen im öffentlichen Raum. Diese Treffen waren aufgrund der Corona-bedingten Hygienebestimmungen und Kontaktbeschränkungen in die Kritik geraten. Doch handelt es sich bei diesen Treffen um einen Ausdruck der Bedürfnisse junger Menschen. Dass genau diese Bedürfnisse in den Corona-Maßnahmen nicht mitgedacht wurden, kritisiert der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswissenschaftler Klaus Hurrelmann:

“Es fehlt an Raum und den Möglichkeiten, sich zu erproben, zu experimentieren, auch um mal Grenzen zu überschreiten. All das, was für das Jugendalter, also die Zeit ungefähr zwischen 14 und 24 Jahren, einfach notwendig ist, wurde den jungen Leuten in der Corona-Zeit praktisch verwehrt.” [19]

Hurrelmann warnt vor Entwicklungsstörungen als Folge des Verlustes dieser Freiräume, die junge Menschen so dringend für ihre Entwicklungsaufgaben benötigen:

“Nach der Pubertät kommt eine Phase, in der man sich im Grunde darauf vorbereitet, ein Bürger, ein Berufstätiger und eines Tages ein Familienmensch zu werden. Dafür braucht man Spielräume. Wenn es die [...] nicht gibt, könnten daraus [...]ernste Entwicklungsstörungen entstehen.” [19]

Werden junge Menschen nur auf den digitalen Raum verwiesen, könne sich dies zudem in Leistungsschwächen oder Qualifikationsproblemen äußern.

Wilfried Schubarth, Professor für Erziehungs- und Sozialisationstheorie an der Universität Potsdam bestätigt die Negativfolgen der Einschränkungen für die Jugendlichen:

“40 Prozent der Befragten erlebten die Einschränkungen durch Corona mindestens als mittlere, viele gar als schwere Belastung. Die meisten zeigten Sorgen, andere versanken gar in Depression.” [20]

Schubarth fordert deshalb, dass Jugendliche an den sie betreffenden Entscheidungen - und dazu gehören auch Regelungen zum Aufenthalt in Jugend(freizeit)einrichtungen und im öffentlichen Raum - beteiligt werden sollen:

„Kinder und Jugendliche brauchen eine eigene Interessenvertretung. [...] Würde mehr auf sie gehört, könne man sehen, ob sie selbst Vorschläge für eine Verbesserung ihrer Situation in der Krise machen.“ [20]

Es ist zudem für junge Menschen schwer zu verstehen, weshalb für ihre Lebensräume andere Regelungen gelten als zum Beispiel für den Einzelhandel oder die Gastronomie.

Wir müssen als Stadtgesellschaft akzeptieren, dass insbesondere wenn Clubs und Veranstaltungsräume geschlossen sind, Jugendliche in der Öffentlichkeit, auf Straßen, Plätzen und Parks, ihren Raum bekommen. [...] Deshalb sollte es unter Pandemiebedingungen auf dem Potsdamer Luisenplatz nicht nur Weinfeste, sondern eben auch Konzerte und Jugendkultur geben. Auch mit Abstand.

Weitere wichtige Aspekte im öffentlichen Raum

Konsum im öffentlichen Raum

Urbane öffentliche Räume sind auch immer Orte, die von Konsum geprägt sind und diesen sichtbar machen. Nicht nur, aber auch junge Menschen, erschließen sich diese öffentlichen Räume, um dort mit Gleichaltrigen zusammen zu sein und fernab von der Aufsicht des elterlichen Zuhauses, eigene (auch Grenz-)Erfahrungen zu machen.

Das Ausprobieren, das Erfahren von Grenzen und das Reiben an bestimmten Normen gehört zu einem ganz normalen jugendlichen Verhalten. Es ist Aufgabe von Jugendlichen, sich an Regeln zu reiben, Grenzen zu überschreiten und eigene Normen und Wertevorstellungen zu entwickeln. Das bedeutet konkret:

Zu jugendlichem Zusammensein und zusammen Feiern im öffentlichen Raum gehört auch der Konsum von Alkohol, Tabakprodukten, manchmal auch der von Cannabis und anderen illegalisierten Substanzen. Vor allem was den Konsum von Alkohol betrifft, gehört dieser zu normalen jugendlichen Entwicklungsaufgaben bzw. steht im Kontext mit der Bewältigung dieser. Das Trinken von Alkohol erleichtert mitunter die Kontaktaufnahme mit anderen Jugendlichen, ermöglicht Grenz- und Risikoerfahrungen und dient auch dem Zweck, Normen in Bezug auf das eigene Trinkverhalten auszubilden und zu entwickeln.

Häufig können diese Erfahrungen nicht im Elternhaus gemacht werden. Allerdings haben junge Menschen kaum andere Orte, an denen ausprobiert werden kann: Diskotheken und Clubs dürfen sie aufgrund der Altersbeschränkungen, bis auf wenige ausgewählte Veranstaltungen, nicht besuchen und haben daher dort keinen Ort, um in eingerahmten Kontexten zu feiern und zusammen zu sein. Oft bleiben nur öffentliche Räume (wie beispielsweise die Parks, andere öffentliche Plätze oder Seen) zum Aufenthalt, zum Musikhören auch nach 20 Uhr - und zum Austesten von Grenzen. Dort bilden sie Vorstellungen davon aus, was passiert, wenn eine bestimmte Menge konsumiert wird, reflektieren Konsumerfahrungen und setzen sich idealerweise eigene Grenzen bzw. bekommen diese von den Gleichaltrigen zurückgemeldet. Sie lernen nicht zuletzt durch die Rückmeldungen aus der Gruppe bzw. Gruppennormen, wie sie und wie sie nicht konsumieren wollen. Eine inklusive Gesellschaft sollte junge Menschen daher akzeptierend begegnen und sie dabei unterstützen, gute Erfahrungen zu machen und selbstwirksam zu sein.

Wird das Thema "jugendlicher Konsum im öffentlichen Raum" betrachtet, ist es wichtig, auch auf die Verantwortung der Erwachsenen in ihren Vorbildfunktionen zu verweisen: Findet beispielsweise Alkoholkonsum im Elternhaus nicht oder nur sehr selten statt, sind es spätestens die öffentlichen Räume, in denen junge Menschen mit Alkoholkonsum von Erwachsenen, aber auch Gleichaltrigen konfrontiert sind. Hier spielen natürlich Veranstaltungen, im Rahmen derer Alkohol konsumiert wird, eine herausragende Rolle. Die dort geltenden Normen dienen nicht zuletzt jungen Menschen als Beispiel für den Umgang mit Alkoholkonsum. Aber auch das Thema Werbung für alkoholische Getränke (und Tabakprodukte) und deren Sichtbarkeit und Zugänglichkeit im Einzelhandel sollten dabei betrachtet werden (nicht zuletzt im Kontext der Regelungen des Jugendschutzgesetzes).

Natürlich hat jugendlicher Konsum im öffentlichen Raum Auswirkungen: Anwohner*innen, Passant*innen und alle weiteren Menschen, deren Nutzungen der jeweiligen Räume sich mit denen der Jugendlichen überschneiden, sind konfrontiert mit dem Verhalten der jeweils anderen Gruppe, was naturgemäß auch zu (Nutzungs-)Konflikten führen kann, die es aber miteinander auszuhandeln gilt.

Den erwachsenen Menschen in der (Potsdamer) Stadtgesellschaft kommt hierbei eine wichtige Rolle zu: Sie sollten Verständnis dafür zeigen, dass junge Menschen sich alterstypisch verhalten und ihnen auf dieser Grundlage mit Akzeptanz begegnen. Gleichzeitig sollte die eigene Rolle als Vorbildrolle wahrgenommen werden, so dass das Aufzeigen von Grenzen auch glaubwürdig angenommen werden kann. Erwachsene (Bezugs-)Personen können mit Reflexionsangeboten viel dazu beitragen, dass junge Menschen Grenzerfahrungen, und vielleicht auch als Fehler wahrgenommenes Verhalten, reflektieren und in einen guten Umgang mit dem eigenen Konsum integrieren können. Hierzu gehört gleichzeitig, für die Bedürfnisse und Sorgen junger Menschen ein offenes Ohr zu haben und unterstützend da zu sein, wenn doch etwas aus dem Ruder läuft.

Am Beispiel der in den Sommermonaten sehr intensiv stattfindenden Kontrollen an beliebten Orten wie der Freundschaftsinsel soll außerdem aufgezeigt werden, wie es um die möglichen Konsequenzen für Jugendliche steht. Auch wenn im Kontext der Kleinstmengenregelungen für das immer noch unter das Betäubungsmittelgesetz fallende und damit als illegalisierte Substanz zu betrachtende Cannabis ein Großteil der Verfahren gegen bestimmte Auflagen fallen gelassen werden, kommt es doch auch zu gelegentlichen strengen Strafen für auch minimale Kleinstmengen. Junge Menschen sind dann zwar zum einen mit den rechtlichen Konsequenzen ihres Handelns konfrontiert, die zwar durchaus lehrreich sind und eine Reflexion anregen (können). Zum anderen werden die Strafen (wie beispielsweise Mitteilungen an Führerscheinstelle, etc.) als unverhältnismäßig wahrgenommen und können durchaus kritisch hinterfragt werden. An dieser Stelle soll der vorliegende Text als Plädoyer dafür wahrgenommen werden, sinnvollerweise erst auf Prävention und Konsumkompetenzbildung zu setzen und damit junge Menschen zu befähigen, eigene ein- bzw. umsichtige Entscheidungen zu treffen und vielleicht auch mal Fehler machen zu können, aus diesen zu lernen, d.h. einen verantwortungsvollen Umgang zu erlernen.

Mädchen* im öffentlichen Raum

Bei der Betrachtung von Jugendlichen im öffentlichen Raum bedarf es auch einer geschlechtersensiblen Perspektive. Wenn wir das Verhalten der Jugendlichen anhand geschlechtlicher Sozialisationsprozesse reflektieren, wird sichtbar, dass es Jungen* und Mädchen* sich Räume auf unterschiedliche Weise aneignen. Während es im Kindesalter ein ausgeglichenes Verhältnis von Jungen* und Mädchen* im öffentlichen Raum gibt, steigt ab dem Alter von acht Jahren die Präsenz von Jungen* gegenüber Mädchen*. Diese Unterschiede in den Raumanneignungsstrategien werden gesellschaftlich unterschiedlich bewertet (beispielsweise als Jungen = aktiv, Mädchen= passiv).

Bei einer geschlechtergerechten Gestaltung des öffentlichen Raumes ist es daher wichtig, dass keine Geschlechterstereotype von „dem Mädchen“ und „dem Jungen“ herangezogen werden. Die Raumanneignungsstrategien müssen hierbei als Anhaltspunkte genommen werden, wie der Raum geschlechtergerecht gestaltet werden kann, statt sie als starre stereotype Muster zu verstehen. Ein Punkt, um dies umzusetzen, ist explizit die stärkere Beteiligung von Mädchen*. Denn bei der Beteiligung von Mädchen* muss über die klassischen Methoden zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hinaus betrachtet werden, dass Empowerment ein Schlüsselmoment ist. Am Beispiel des Jugendforums ist zu beobachten, dass es Mädchen* nach eigenen Aussagen schwer fällt, „große Forderungen“ zu stellen bzw. Utopien und Visionen zu entwickeln. Sie bewegten sich in ihren Wünschen und Ideen stärker auf gewohntem, sicherem Terrain. Es muss daher stärker auf Mädchen* zugegangen werden; sie müssen empowert werden, um ihre Bedürfnisse selbstbewusst artikulieren zu können. Zudem empfinden Mädchen* die Transparenz zur Umsetzung ihrer Ideen nicht immer gegeben, sodass der wichtige Punkt des Empfindens von Selbstwirksamkeit fehlt. Hierbei ist hervorzuheben, dass insbesondere Mädchen* in der Umsetzung von Vorhaben eine größere Mitarbeit zugemutet werden kann, um das Empfinden der Selbstwirksamkeit zu steigern.

Unserer Einschätzung nach muss, um besonders Mädchen* zu erreichen, ihrer Einbindung in Beteiligungsprozesse eine stabile Beziehungsarbeit und Erprobung von Beteiligung in kleinerem

Rahmen vorausgehen. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist ein Prozess und muss, so man sie beteiligen möchte, auch als solcher geplant werden. Die Herausforderung der Beteiligung von Mädchen* ist somit ein stärkeres Aufeinanderzugehen zweier Systeme (Verwaltung und Kinder- und Jugendarbeit).

Wohnungslose im öffentlichen Raum

Wohnungslosigkeit ist ein Oberbegriff, der alle Menschen umfasst, die keinen Mietvertrag o.Ä. besitzen. Somit auch alle Menschen, die bei Freunden schlafen oder in staatlich finanzierten Wohnheimen oder Notunterkünften unterkommen. Obdachlose sind ein Teil der Wohnungslosen, haben allerdings weder Wohnung noch Unterkunft. Auch wohnungslose Menschen halten sich im öffentlichen/halb-öffentlichen Raum auf, da sie aufgrund von Wohnungsverlust gar keine andere Möglichkeit haben. Die vorhandenen Einrichtungen der Landeshauptstadt Potsdam für wohnungs- und obdachlose Menschen können den Bedarf an der Unterbringung nicht in Gänze decken. Zudem erschweren psychische Einschränkungen der Betroffenen, wie beispielsweise eine stark ausgeprägte Klaustrophobie, Realitätsverschiebungen und negative Erfahrungen mit vermeintlich hilfsbereiten Menschen, die Bereitschaft, das Hilfsangebot zur kommunalen Unterbringung anzunehmen. Bürger*innen aus dem europäischen Ausland haben zudem keinen Anspruch auf diese Art der Unterbringung, solange sie nicht mindestens eine einjährige Berufstätigkeit in Deutschland vorweisen können. Somit ist gerade diese Nutzer*innengruppe von den Verdrängungsprozessen im Besonderen betroffen.

Zudem haben obdachlose und/oder von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen, wie alle anderen Bürger*innen der Landeshauptstadt Potsdam, das Recht, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten. Öffentliche Räume dienen hier nicht nur zum Aufenthalt, sondern sind der Ort, an dem soziale Beziehungen hergestellt und intensiv gelebt werden. Viele obdachlose Menschen haben keinen strukturierten Tagesablauf. Die Treffen im öffentlichen Raum in homo- wie auch heterogenen Gruppen sind meist die einzigen Konstanten im Leben der Betroffenen. Hier werden verschiedene Erfahrungen ausgetauscht und gegenseitige Hilfestellungen geleistet.

Die Verdrängung dieser Gruppe stellt besonders für die Straßensozialarbeit eine enorme Herausforderung dar. Obdachlose und/oder von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen haben oft keinen Zugang zum bestehenden Hilfesystem. Dieser kann nur durch die Hilfe einer sozialen Gruppe und/oder Sozialarbeitenden (wieder) hergestellt werden.

Werden durch Verdrängungsprozesse die Treffen sozialer Gruppen im öffentlichen Raum unterbunden und ein Aufenthaltsort am Stadtrand und in den dazugehörigen Waldgebieten gefördert, erschwert dieser Umstand die aufsuchende Tätigkeit der Sozialarbeitenden; die Einbindung in das Hilfesystem wird erheblich verlängert und gegebenenfalls von der Zielgruppe als fast unmöglich empfunden.

Literaturverzeichnis

[1] Pia online Stand 31.12.2020

[2] Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung:

https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/izr/2012/3_4/Inhalt/DL_Haury.pdf?__blob=publicationFile&v=1, abgerufen am 31.05.2021

[3] Landeshauptstadt Potsdam 2017: Aktionsplan. Kinder- und jugendfreundliche Kommune. 2017 bis 2020

[4] Axel Pohl, Christian Reutlinger, Andreas Walther, Annegret Wigger (2019): Praktiken Jugendlicher im öffentlichen Raum. Zwischen Selbstdarstellung und Teilhabeansprüchen. Ein Beitrag zur Partizipationsdebatte, Springer Verlag, Wiesbaden.

[5] A. Klose, „Treffpunkt Straße?“, 05 Dezember 2012. [Online]. Available:

<https://www.sozialraum.de/treffpunkt-strasse.php>. [Zugriff am 28 September 2020].

[6] K. Möller, „Jugend und öffentlicher Raum,“ *Sozial Extra*, pp. 42-45, 2011 März 31

[7] A. Fröhlich, „„Ein Ghetto, es fehlen nur die Schranken“,“ 18 Juli 2017. [Online]. Available:

<https://www.pnn.de/potsdam/interview-zum-potsdamer-fh-projekt-am-schlaatz-ein-ghetto-es-fehler-nur-die-schranken/21333530.html>. [Zugriff am 25 Juni 2020].

[8]

https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/staedtebaufoerderung/Forschungsprogramm/stadtumbau/projekte/Archiv/FreiraumeKinder/01_start.html?nn=2866908, abgerufen am 31.05.2021.

[9] M. Kappeler, „Prävention als Verhinderung selbstbestimmten Lebens in der Gegenwart im Namen der Zukunft,“ *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, pp. 53-68, 2016.

[10] W. H. Reimund Anhut, „Desintegration, Anerkennungsbilanzen und die Rolle sozialer Vergleichsprozesse für unterschiedliche Verarbeitungsmuster,“ in *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft*, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, pp. 75-100.

[11] C. Spatscheck und B. Bütow, „Jugendliche und Jugendkulturen im öffentlichen Raum der Stadt Linz. Ergebnisse aus einem internationalen Lehrforschungsprojekt,“ *Deutsche Jugend*, pp. 211-220, 2010.

[12] Freiräume für Jugend schaffen! - Diskussionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ; Berlin, 01./02. Dezember 2016

[13] SINUS-Jugendstudie 2020

[14] T. Armbrüster, „Eine ernste Generation,“ 23 Juli 2020. [Online]. Available:

https://www.deutschlandfunk.de/der-tag-eine-ernste-generation.3415.de.html?dram:article_id=481085. [Zugriff am 15 September 2020].

[15] MBSJ-Pressmitteilung Nr. 17/2021 vom 17.02.2021, S. 4f.

[16] M. Brusten und J. Hohmeier, Stigmatisierung 1+2 - Zur Produktion gesellschaftlicher Randgruppen, Neuwied und Darmstadt: Hermann Luchterhand Verlag, 1975.

[17] KiCo und JuCo Studien (Forschungsverbund „Kindheit – Jugend – Familie in der Corona-Zeit“)

[18] Postbank Jugend-Digitalstudie 2020.

[19] J. Früchtenicht, „Jugendforscher Hurrelmann über Corona-Exzesse: Den jungen Menschen fehlt etwas,“ 7 August 2020. [Online]. Available:
<https://www.rnd.de/wissen/jugendforscher-hurrelmann-uber-corona-exzesse-den-jungen-menschen-fehlt-etwas-MPOIB6ONYJEUNFUOJVOGCWT6VA.html>. [Zugriff am 15 September 2020].

[20] „Erziehungswissenschaftler: Jugend muss in der Krise gehört werden,“ 7 September 2020. [Online]. Available:
<https://www.maz-online.de/Brandenburg/Potsdamer-Erziehungswissenschaftler-fordert-der-Jugend-mehr-zuzuhoeren>. [Zugriff am 15 September 2020].

Redaktion

Stadtjugendring Potsdam e.V.
Schulstr. 9
14482 Potsdam

Mitwirkende und Mitglieder der AG Jugendliche im öffentlichen Raum

Julia Schultheiss (Stadtjugendring Potsdam)
Leonard Jahnke (Stadtjugendring Potsdam)
Sylvia Swierkowski (Kinder- und Jugendbüro Potsdam)
Katharina Tietz (Chill out e.V.)
Olaf Caesar (Wildwuchs Streetwork)
Jessica Platz (Creso gGmbH)
Bianca Strzeja (KuKMA — Kontakt- und Koordinierungsstelle für Mädchen*arbeit in Brandenburg)
Stefanie Buhr (Landeshauptstadt Potsdam)
Ralf Becker (Landeshauptstadt Potsdam)
Katrin Hayn (Landeshauptstadt Potsdam)